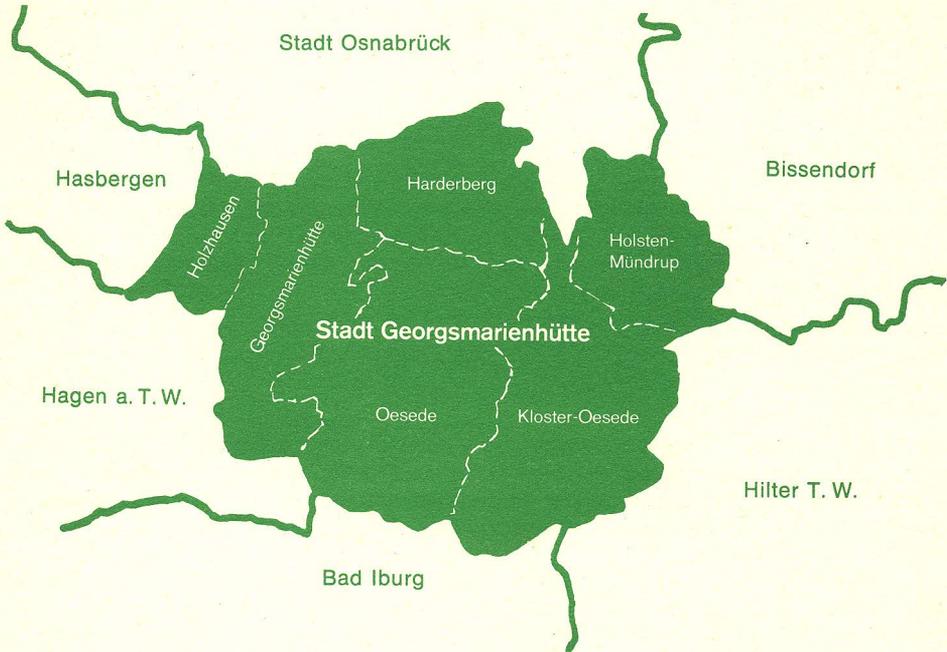




Stadt im werden

Nr. 29

24. August 1973



Sie lesen in dieser Ausgabe:

- Seite 2: Waren Sie schon im Gefängnis ?
- Seite 2: Musikschule mit Aufnahmebeschränkung ?
- Seite 4: Inflation und öffentliche Armut
- Seite 5: Der Kandidat für den Landtag
- Seite 6: Mehr soziale Gerechtigkeit
- Seite 6: Sperrgut-Abfuhr
- Seite 7: Kinderspielplatzgesetz
- Seite 7: Apotheken-Dienstbereitschaft
- Seite 8: Kurz berichtet

Waren Sie schon einmal im Gefängnis?

6 Uhr Wecken, 6.30 Uhr Frühstück, 7 Uhr Arbeitsbeginn, 16 Uhr Feierabend und 22 Uhr Schlafen – gibt ein so geregelter Tagesablauf die notwendige Hilfe, Gestrauchelten die Rückkehr in unsere Gesellschaft zu ermöglichen?

Würden Sie für 2 DM pro Tag acht Stunden arbeiten?

Unter Arbeitsbedingungen, die an die Zeiten des Frühkapitalismus erinnern, stellen die Insassen der Jugendstrafanstalt Vechta unter anderem aus Abfallprodukten Badezimmermatten her, die für 25 Pfennige das Stück an Kaufhäuser verkauft werden. Die Ausstattung der Werkstätten ist primitiv, die Optik deprimierend wie die ganze Anstalt überhaupt, die den Eindruck eines Zuchthauses aus einem amerikanischen Kriminalfilm erweckt. Umschlossen von einer sechs Meter hohen, kahlen Mauer steht ein alter dunkler Backsteinkreuzbau mit vergitterten Fenstern in der Mitte eines großen Hofes. Im Innern erstrecken sich lange, triste Flure mit vielen eisenbeschlagenen Zellentüren in die einzelnen Gebäudeflügel hinein. Im Keller liegen die Arrestzellen, spärlich erleuchtete Räume, nur ausgestattet mit einer festmontierten Holzpritsche ohne Matratze und einem Plumpsklo.

Die CDU Oesede hatte zu einer Fahrt zur Jugendstrafanstalt Vechta eingeladen. Ein vorausgehendes Seminar für die interessierten Teilnehmer unter der Leitung des Strafvollzugsleiters vermittelte die nötigen Kenntnisse zum Verständnis sowohl der einsitzenden Straffälligen als auch des dort praktizierten Strafvollzuges.

Was ist Kriminalität? Ein schlechter Charakter? Oder die Reaktion eines Individuums auf eine nicht funktionierende Umwelt? Gehört die Einsicht, anderen Mitgliedern unserer Gesellschaft Schaden zugefügt zu haben, also ein Schuldgefühl, mit zu dem Prozeß der Strafe oder der Besserung?

Diese Fragen waren nur wenige aus der Vielzahl der diskutierten Probleme. Erst die Beschäftigung mit den vermutlichen Hintergründen des Straffälligwerdens ließ die Teilnehmer die Mühen und vielgestaltigen Versuche der Gefängnispädagogen, die Strafgefangenen in unsere Gesellschaft zurückzuführen, erkennen und würdigen. Das vielfältige Freizeitangebot für die Jugendlichen – 350 männliche Insassen hat die Strafanstalt – übertrifft in vielen Dingen das der Jugend in unserer Stadt. Die Skala der Möglichkeiten reicht von Fernsehräumen, in denen bei unserem Besuch gerade ein Meisterschaftsspiel im Fußball angesehen wurde, über Begegnungsräume bis zur ökumenischen Beatmesse. In Eigenarbeit erstellten die Jugendlichen nicht nur Hobbyräume, sondern sogar ein Schwimmbad im Gefängnishof. Das Beachtenswerte aber war ein unlängst durchgeführter Tanzkursus mit Mädchen eines nahegelegenen Gymnasiums.

Obwohl die eingangs erwähnten Kriterien eines Gefängnisses an keiner Stelle zu übersehen waren, hatten alle Teilnehmer nach diesem Besuch doch den Eindruck, daß hier viele Ansätze zu sinnvollem Strafvollzug gegeben sind. Die Hoffnung, viele Jugendliche dadurch wieder in die Gesellschaft einzugliedern, rechtfertigt diese Versuche und spornt an, neue Hilfen für diese Gestrauchelten zu suchen.

Dr. Helmuth Köhnke

Musikschule mit Aufnahmebeschränkung?

Seit der Gründung der Musikschule im Mai 1971 weist diese Bildungseinrichtung unserer Stadt eine enorme Ausweitung auf. Von anfänglich 148 Musikschülern bei der Gründung stieg die Zahl auf über 600 in diesem Jahr. Eine Ausrichtung der Schule auf 800 - 1000 Schüler scheint nicht unrealistisch. Vier hauptamtliche und 11 nebenamtliche Lehrkräfte unterrichten die Kinder und Jugendlichen. Das Angebot der Musikschule ist umfangreich und dürfte fast allen musikalischen Interessen Rechnung tragen (Früherziehung, Grundausbildung, Klavier, Gitarre, Blockflöte, Violine, Trompete, Horn, Posaune ua.).

Etwa 1976 kann diese Schule als vollausgebautes System angesehen werden; Chorgruppen, Kinderchor auf Stadtebene, Orchester für Streich- und Blasinstrumente, Arbeitskreise und Spielgruppen für alte und neue Musik, Folklore usw. könnten in das Programm der Musikschule aufgenommen werden. Damit würde unsere Stadt über eine kulturelle Einrichtung verfügen, die für die kulturelle Entwicklung der Kinder und damit auch der Elternhäuser sicherlich einen hohen Wert besitzen dürfte.

In der Perspektive könnte sich ein reger musikalischer Austausch deutscher und ausländischer Musikgruppen anbahnen.

Die Verwirklichung dieses Ausblickes ist allerdings nicht mit vier hauptamtlichen Lehrkräften zu leisten. Auch die zu erwartende Schülerzahl von 800 - 1000 kann vom bisherigen Personal nicht effektiv unterrichtet werden. Notwendig wird also die Einstellung weiterer hauptamtlicher Lehrkräfte.

Und das kostet Geld! Vorsichtig geschätzt wird die Musikschule, trotz Erhöhung der Schulgelder um durchschnittlich 50%, schon in diesem Jahr einen Zuschußbedarf von ca. 70.000 DM ausweisen. Berücksichtigt man die Einstellung weiterer hauptamtlicher Lehrkräfte einschließlich Nebenkosten, wird der Zuschußbedarf der Musikschule am Ender sicherlich 150.000 DM und mehr ausmachen.

Hier scheiden sich nun die Geister. Da auch andere Dienstleistungsbetriebe (Frei- und Hallenbad z. B.: Zuschußbedarf 1972 rd. 420.000 DM) große Summen unseres Haushaltes verschlingen, gibt es angesichts dieser Tatbestände bei einigen Ratsherren hinsichtlich der personellen und damit finanziellen Ausweitung der Musikschule Bedenken. Konsequenzen einer Begrenzung der Musikschule könnten folgende sein:

Beschränkung auf eine bestimmte Schülerzahl

Beschränkung der hauptamtlichen Lehrkräfte

Erhöhung des Schulgeldes

Eine Erhöhung des Schulgeldes scheint mir im Augenblick unrealistisch, da wir es erst in diesem Jahr kräftig erhöht haben. Damit wären aber auch die Kinder jener Familien wiederum benachteiligt, deren Einkommen keinen großen Spielraum für derartige Ausgaben zuläßt (Die Richtlinien für eine Schulgeldermäßigung werden wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichten – Auskünfte erteilt aber auch jederzeit die Kulturabteilung der Stadtverwaltung).

Eine absolute Beschränkung der Schülerzahl ist für mich auch nicht akzeptabel. Man könnte selbstverständlich die Eignung als Kriterium für eine Zulassung bzw. einem weiteren Verbleiben in der Musikschule heranziehen. Ich wehre mich allerdings aus bildungspolitischen Gründen dagegen, nur hervorragende und sehr gute Begabungen nach einer Grundausbildung weiter zu fördern. Auch der sog. "Durchschnitt" hat seine volle Berechtigung für eine weitere Förderung. Verkürzt kann man diese Problematik auf die Frage nach den Erziehungs- und Bildungszielen abstellen. Oder anders ausgedrückt: Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche Begabungen sollen bzw. müssen wir entfalten und fördern, damit unsere Kinder im Jahre 2000, selbst dann wieder Väter und Mütter, ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Etwas überspitzt und auch einseitig, in der Tendenz nicht von der Hand zu weisen, könnte man auch eine andere Zielvorstellung ausmalen: unausgeglichene Menschen fahren in glücklichen Autos über glückliche Straßen und bemerken nicht, daß sie selbst in ihrer Freizeit dem Konsumterror einer Freizeitindustrie ausgeliefert sind.

Selbstverständlich will niemand auf gute Autos und Straßen verzichten (Auto und Straße stehen hier nur beispielhaft.) Es erhebt sich hier aber die Frage nach den Prioritäten, auch nach den Prioritäten, die wir im kommunalpolitischen Raum verwirklichen können und wollen.

Für mich ist die Musikschule im kommunalpolitischen Bereich eine kulturpolitische Priorität, für die ich mich einsetzen werde.

Sicher ist das Geld knapp. Aber nach meiner Einschätzung könnten sicher einige Positionen des Haushaltes unserer Stadt gekürzt und zugunsten der Musikschule umgeschrieben werden. Zum anderen könnte die Mehrheit des Rates in der Förderung der Musikschule ebenfalls eine kulturpolitische Priorität sehen und sie finanziell entsprechend absichern.

Heinz Gravenkötter, CDU-Ratsherr, Mitglied des Kulturausschusses

Inflation und öffentliche Armut

Nachdem Kenneth Galbraith die These von der „öffentlichen Armut“ für die USA aufgestellt hatte, wurde diese auch auf die Bundesrepublik übertragen. Etwas abgewandelt spielte sie im letzten Wahlkampf als SPD-Schlagwort „Bessere Lebensqualität“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ohne die Richtigkeit der These zu prüfen, forderte die Regierung in ihrem Regierungsprogramm, die öffentliche Armut zu beseitigen. Fast zur gleichen Zeit wurde unser Blick auf ein anderes Problem gelenkt, die Inflation. Besteht etwa zwischen der Absicht, die öffentliche Armut zu beseitigen, und der Inflation ein Zusammenhang?

Unter „öffentlicher Armut“ verstehen wir den Mangel an Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen und Straßen. Sicherlich gibt es von allen nicht genug. Aber sind deswegen die öffentlichen Hände arm? Besteht nicht ein großes Geldvermögen des Staates? Sind nicht viele Industrieunternehmen in seinem Besitz? Aber trotz allem: Wir brauchen mehr Straßen und Krankenhäuser. Die Frage ist nur, wie ihr Bau finanziert werden soll.

Wenn die Regierung verspricht, den oben erwähnten Mangel an Straßen zu beseitigen, ohne zu erwähnen, daß die Bürger dann weniger kaufen dürfen, dann handelt sie leichtfertig. Denn, bei der völlig ausgelasteten Wirtschaft sind Produktionssteigerungen nicht möglich. Das bedeutet, daß entweder andere Staatsausgaben gestrichen werden müssen (was wohl kaum möglich ist, da jeder Minister davon überzeugt ist, daß seine Ausgaben für den nächsten Wahlsieg die wichtigsten sind) oder daß die Bürger mehr sparen müssen, um dem Staat Geld in Form von Anleihekäufen zur Verfügung zu stellen.

Wir können aber feststellen (auch an unserem eigenen Verhalten), daß die Bürger mehr kaufen. Sie kaufen auch keine „Bildung“ oder andere – nach Aussagen von Links-Theoretikern – wichtige Dinge, sondern schlicht Konsumgüter. Hier rächt sich nun die Leichtfertigkeit der SPD-Regierung für uns alle und leider nicht nur für SPD-Wähler. Da sie den mündigen Bürger vorher nicht aufklärte, muß sie ihn jetzt durch Steuererhöhungen zwingen zu sparen. Oder sie muß – da sie ja Steuersenkungen versprochen hatte – versuchen, die Überbeanspruchung der Wirtschaft dadurch zu lösen, daß sie eine Inflation nicht nur zuläßt, sondern verstärkt.

So kann die Regierung durch steigende Ausgabenzahlen nachweisen, daß sie versuchte, die öffentliche Armut zu beseitigen. Sie kann aber leider nicht nachweisen, daß sie real mehr Straßen gebaut hat, denn die Preise für Straßenbauten stiegen schneller als die Ausgabensätze im Haushalt. Und nicht nur das. Die Regierung läßt zu, daß unter Mühen geschaffene Geldvermögen still enteignet werden.

Die „Beseitigung der öffentlichen Armut“ hat mit dazu beigetragen, die Inflationsraten zu erhöhen. Es wäre sinnvoller gewesen, dem Bürger die Wahrheit zu sagen: Entweder mehr öffentlicher Reichtum – dann müßt ihr auf die Vermehrung eures Reichtums verzichten, oder euer Reichtum mehrt sich – dann beschwert euch nicht über fehlende Straßen; wenn ihr beides wollt, wundert euch nicht über höhere Steuern oder Inflation oder beides.

Die CDU-Opposition sollte sich merken, daß in einer Demokratie der Wähler möglichst frei sein sollte – auch darin, welche Konsumwünsche er hat – und daß in der Marktwirtschaft das produziert werden sollte, was den größten Gewinn abwirft.

Klaus W. Kafsack

Der Kandidat für den Landtag



Hermann Sandkämper ist Jahrgang 1930, also 43 Jahre alt. Zum dritten Mal kandidiert er im Wahlkreis Osnabrück-Georgsmarienhütte für die CDU. Die Landtagswahl findet voraussichtlich am 9. Juni 1974 statt. Als 37-jähriger wurde er 1967 das erste Mal in den Niedersächsischen Landtag gewählt. Während dieser Legislaturperiode war er Mitglied des Ausschusses für Jugend und Sport. Seit 1970, nach der vorzeitigen Auflösung des Landtages, ist Herr Sandkämper ordentliches Mitglied im Ausschuß für Soziales und Gesundheit. In diesem Ausschuß, in dem alle Eingaben von Bürgern bezgl. Renten-, Versorgungs- und Sozialhilfeansprüchen behandelt werden, konnte er seine umfassenden sozialpolitischen Kenntnisse gut verwerten. Seine weiteren

Interessengebiete sind die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Im Ausschuß für Haushalt und Finanzen ist er Stellvertreter. In Hannover gehört er zu den wenigen Politikern, die sich um familienpolitische Maßnahmen kümmern, insbesondere um den Wohnungsbau und um Erholungsmaßnahmen für kinderreiche Familien.

Seit 1956 ist Hermann Sandkämper in der Jungen Union und in der CDU, war Mitbegründer der Jungen Union in Holzhausen, Ortsvorsitzender der CDU in Gmhütte von 1962 bis 1969 und geschäftsführender Kreisvorsitzender ab 1964 im Altkreis Osnabrück. Heute ist er stellvertretender Kreisvorsitzender im Großkreis Osnabrück, Mitglied des Bezirksvorstandes und des Landesausschusses der CDU in Niedersachsen. Vor einigen Wochen wurde Hermann Sandkämper zum 1. Vorsitzenden der Sozialausschüsse der CDU im Großkreis Osnabrück gewählt.

Das Berufsleben des Kandidaten ist ganz und gar mit dem Hüttenwerk in Georgsmarienhütte verbunden. Als 14-jähriger begann er dort 1944 eine Elektrikerlehre. Von 1948 – 1952 besuchte er neben seiner beruflichen Tätigkeit die Techniker-Abendschule in Osnabrück. Seitdem arbeitete er in verschiedenen Sachgebieten wie: Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Bestellwesen und Reserveteilhaltung. 1960 zog er erstmals bei Klöckner in den Betriebsrat ein. Fünfmal wurde er wiedergewählt. Heute ist er stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der „Hütte“.

Hermann Sandkämper bewohnt mit seiner Familie ein Eigenheim in Georgsmarienhütte, Am Holzhauserberg. Er hat 8 Kinder im Alter von 9 bis 19 Jahren. Alle Kinder befinden sich in der Schul- oder Berufsausbildung. Seine zahlreiche Familie bringt es mit sich, daß er in etlichen Elternräten tätig ist. 2 Jahre lang war er Elternratsvorsitzender der Städt. Handelslehranstalt am Pottgraben. Seit 1968 ist er ununterbrochen Elternratsvorsitzender der Realschule Georgsmarienhütte und Mitglied des Stadtelternrates.

Der Wahlkreis 85 Osnabrück-Georgsmarienhütte umfaßt die Südstadt Osnabrück, also das Gebiet südlich der Bahnlinie nach Melle bis zum Hauptbahnhof – Neumarkt – Süsterstraße – Johannistorwall – Heinrichstraße – Martinistraße – Obere Martinistraße. Vom Landkreis Osnabrück gehören die Gemeinden Hasbergen, Hagen und die Stadt Georgsmarienhütte dazu. 58% der Wähler wohnen in der Stadt Osnabrück, 42% im Landkreis.

Mehr soziale Gerechtigkeit

Die Bundesregierung verteilt laufend Propagandamaterial unter der Überschrift "Mehr soziale Gerechtigkeit".

Die kinderreichen Familien fragen sich allerdings, ob man sie bei der Verteilung "mehr sozialer Gerechtigkeit" völlig ausgespart hat. Praktisch seit 1964 sind die Hilfen für kinderreiche Familien unverändert (sieht man von einer geringfügigen Erhöhung 1970 ab) geblieben. Unverändert, obwohl gerade die Familien mit mehreren Kindern unter der von dieser Regierung mitverschuldeten Inflation besonders zu leiden haben. Während die Preissteigerung für den normalen 4-Personenhaushalt bei z. Zt. rd. 8% liegt (genau 7,9), stiegen die Lebenshaltungskosten für Familien mit mehreren Kindern um fast 10%.

Initiativen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag – noch vor einigen Wochen – wenigstens 10,00 DM für das vierte und alle weiteren Kinder zu zahlen, wurden von SPD und FDP abgeschmettert.

Z. Zt. werden monatlich

25,00 DM für das zweite Kind

60,00 DM für das dritte Kind

60,00 DM für das vierte Kind

70,00 DM für das fünfte Kind und jedes weitere Kind

bezahlt.

Nach Meinung der Fachleute braucht eine Familie pro Kind jedoch monatlich ca. 250,00 DM bis 280,00 DM zum Unterhalt ihrer Kinder. Wenn man einen Eigenanteil der Familien von 50% der Unterhaltskosten voraussetzt, bleibt zu finanzieren ein Betrag von ca. 100,00 DM. 100,00 DM werden pro Kind heute den Familien vorenthalten.

Dabei redet diese Regierung immer von "mehr sozialer Gerechtigkeit".

Wie sich diese Unterlassung außerdem auswirkt, zeigt folgende Statistik:

1969 wurden noch 903.000 Kinder geboren

1970 wurden noch 811.000 Kinder geboren

1971 wurden noch 779.000 Kinder geboren

1972 voraussichtlich 730.000 Kinder.

Verglichen mit der Geburtenzahl von 1964 ist das ein Rückgang von 30%.

Wie wichtig und dringend der Familienlastenausgleich ist, sagt u. a. eine Denkschrift der Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland: "Die Aufgabe, Kinder zu erziehen und zu fördern, bis sie selbständig sind, kann die Familie schon seit langem nicht mehr allein bewältigen. Erziehung und Ausbildung entscheiden aber immer mehr über das spätere Leben eines Menschen. Eine unterlassene oder nur mangelhaft vermittelte Erziehung oder Ausbildung stellt für viele Menschen eine Benachteiligung oder sogar Gefährdung ihres Lebens dar. Auf keinem Gebiet des Lebens wurde bisher so deutlich, daß Armut wieder Armut erzeugt, Mangel und ungenügende Ausbildung am Weiterkommen hindern."

"Armut", so sagt die Denkschrift, erzeugt wiederum "Armut".

Diese Regierung kann den Anspruch, den sie selbst dauern erhebt, sozial zu sein, nicht erfüllen.

Heinz Franke, MdB

Termine für die Sperrgut-Abfuhr

Alt-Georgsmarienhütte: 1. September, 3. November, 12. Januar

Holzhausen: 27. September, 29. November, 24. Januar

Harderberg, Holsten-Mündrup, Kloster-Oesede:

6. Oktober, 1. Dezember, 2. Februar

Oesede: 8. September, 17. November, 19. Januar

Seit 1939 schon Reichsgaragenordnung –

Seit 1973 erst Kinderspielplatzgesetz!

Der Niedersächsische Landtag verabschiedete einstimmig Anfang dieses Jahres ein Gesetz über Spielplätze. Dieses Gesetz, übrigens das erste seiner Art im Bundesgebiet, gibt endlich den Kindern den Freiraum, den für Autos seit 1939 die Reichsgaragenordnung vorschreibt.

Da der Bewegungsraum für Kinder und Jugendliche immer weniger geworden ist, wird die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes deutlich. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Kinder ist mit ein Grund für gesundheitliche Schäden, die teils psychischer, teils körperlicher Art sind, weil die Kinder sich nicht mehr austoben können. Aber auch aus sozialpädagogischer Sicht ist dieser Zustand schädlich, da Kinder auf Spielplätzen oft erst erfahren können, wie man mit Altersgenossen umgeht.

Das inzwischen in Kraft getretene Spielplatzgesetz verpflichtet

– alle Eigentümer von Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen
Spielplätze für Kleinkinder bis zu 6 Jahren

– und die Gemeinden für Kinder von 6 bis 12 Jahren

anzulegen und zu unterhalten.

Die Spielplätze für Kleinkinder müssen auf einem Weg von höchstens 100 m erreicht werden können. Die nutzbare Fläche eines Spielplatzes für Kleinkinder muß mindestens 30 qm und mindestens 3 v.H. der Wohnfläche der Wohnungen betragen, für die er bestimmt ist.

Spielplätze für Kinder (6-12 Jahren) müssen von allen Grundstücken in dem Bereich, für den sie bestimmt sind, auf einem Weg von nicht mehr als 400m erreicht werden können. Die Größe eines Spielplatzes für Kinder ist auf mindestens 300 qm und mindestens 2 v.H. der zulässigen Geschoßflächen im Spielplatzbereich festgelegt. Die Spielplätze müssen so gelegen sein, daß sie gefahrlos erreicht werden können. Verantwortlich dafür, daß das Gesetz entsprechend ausgeführt wird, sind die Gemeinden. Als Instrumentarium hierfür können die Gemeinden entsprechende Satzungen oder Einzelanordnungen erlassen.

Ulrich Köhne



Apotheken-Dienstbereitschaft

vom 01.09.–08.09. (8.00 Uhr) Neue Apotheke, Schoonebeekstraße 1

vom 08.09.–15.09. (8.00 Uhr) Samariter-Apotheke, Oeseder Straße 69

vom 15.09.–22.09. (8.00 Uhr) Berg-Apotheke, Teutoburger-Wald-Straße 50

vom 22.09.–29.09. (8.00 Uhr) Hütten-Apotheke, Hindenburgstraße 13

vom 29.09.–06.10. (8.00 Uhr) Hindenburg-Apotheke, Hindenburgstraße 26

vom 06.10.–13.10. (8.00 Uhr) Kloster-Apotheke, Am Markt 20

vom 13.10.–20.10. (8.00 Uhr) Neue Apotheke, Stadtteil Oesede

vom 20.10.–27.10. (8.00 Uhr) Samariter-Apotheke, Stadtteil Oesede

vom 27.10.–03.11. (8.00 Uhr) Berg-Apotheke, Stadtteil Oesede

vom 03.11.–10.11. (8.00 Uhr) Hütten-Apotheke, Stadtteil Alt-Gmhütte

vom 10.11.–17.11. (8.00 Uhr) Hindenburg-Apotheke, Stadtteil Alt-Gmhütte

vom 17.11.–24.11. (8.00 Uhr) Kloster-Apotheke, Stadtteil Kloster-Oesede

Nur die jeweilige Notdienst-Apotheke ist sonnabends und mittwochs nachmittags ab 12.30 Uhr dienstbereit.

Am Sonnabend, dem 1. 9. 73, bei Anbruch der Dunkelheit: "Abend der 10.000 Lichter" im Kasinopark. Veranstalter: Freiwillige Feuerwehr Georgsmarienhütte.

1.9. + 2.9. im Freibad: Landes-Schüler-Wasserballmeisterschaften.

9.9., 14.30 Uhr, Eichendorff-Waldbühne Kloster-Oesede: "Tag der Heimat", Veranstalter: Bund der Vertriebenen.

14.9., 18.00 Uhr, Schwanenweiher, Stadtteil Oesede: Abendkonzert mit der Blaskapelle des Musikvereins von Georgsmarienhütte.

15. bis 17.9.: Holzhauser Kirmes. 21. bis 24. 9.: Oeseder Kirmes

Auf Anregung des CDU-Ratsherrn Heinz Gravenkötter wurde in unserem Freibad ein Babysitterraum eingerichtet. Wickelkommode und Aufwärmvorrichtung stehen den Müttern zur Versorgung ihrer Jüngsten im DRK-Raum zur Verfügung.

Ebenfalls auf Anregung von Heinz Gravenkötter wurden die sehr kleinen Steinsandkästen am Schwanenweiher durch einen großen Holzsandkasten ausgetauscht.

Das Hauptproblem im modernen Familienleben besteht darin, dass man zuviel vom Monat übrig hat, wenn das Geld bereits zu Ende ist.....

